

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Vollständigkeitskonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13093. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 4598

Inseratenpreise: Die 7gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Lage in München.

Roth und Boehner zum Brief Weismann. Putschvorbereitungen.

München, 16. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Brief des Staatskommissars Weismann, der im Ueberwachungsamt in Berlin bekanntgegeben wurde, hat hier auf die rechtsstehenden Kreise einen niederschmetternden Eindruck hervorgerufen, den man durch ableugnende Pressenotizen zu vermindern versucht. Der deutschnationale Justizminister Roth erklärt heute in der Presse, daß er weder Kapitänleutnant Ehrhardt, noch Oberst Bauer, noch Major Pabst kenne und daß daher die Mitteilung in ihrem ganzen Umfang erfunden sei. Der Reichskanzler hätte sich durch eine vorherige Anfrage in München leicht Aufklärung verschaffen können. Interessant ist, daß der Münchener Polizeipräsident Boehner gegenüber den gegen ihn erhobenen schweren Beschuldigungen nichts weiter zu erklären hat, als folgende Aeußerung, die in der München-Magburger Abendzeitung veröffentlicht wird:

„Die Angelegenheit ist eine uralte Sache, deretwegen bereits der Abgeordnete Säger ein Strafverfahren gegen mich anhängig gemacht hat. Ich habe deshalb keine weitere Erklärung abzugeben.“

Das klingt ja nicht gerade nach Ableugnung und es scheint sich zu bestätigen, was in dem Brief des Staatskommissars Weismann über Polizeipräsident Boehner behauptet wird.

In München sind die Putschvorbereitungen von rechts schon sehr weit gediehen. Man verzögert von den Rechtsparteien aus die Regierungsbildung absichtlich, um Zeit zu gewinnen, den gesamten Staatsapparat noch völlig vorzubereiten. Der Versuch, Roth im Amt zu behalten, bedeutet, daß man diese Regierung auch weiterhin als Schutzschild für die reaktionären Pläne benutzen will.

Die Münchener Presse leugnet, daß die von uns gestern gemeldeten Waffentransporte aus der Ammerseegegend nach München stattgefunden. Wir müßten trotzdem an der Richtigkeit unserer Meldung festhalten, da sie durch völlig einwandfreie Informationen belegt ist. Unseren Meldungen über München ist von der bayrischen Presse schon oft widersprochen worden und stets hat sich die Zuverlässigkeit unserer Informationen bestätigt.

Der harmlose Englander.

München, 16. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Gestern Abend fand eine öffentliche Versammlung der deutschnationalen Volkspartei statt, die sehr schwach besucht war und in der neben einem anderen Redner auch der bekannte Oberst Englander sprach, der sich mit aller Entschiedenheit dagegen verwehrt, daß man ihm irgend welche Putschabsichten in die Schuhe schiebe. Die Versammlung, in der Oberst Englander sprach, war durch ein Niefenaufgebot von Sipo und blauer Polizei, die zum Teil mit Handgranaten bewaffnet waren und in Autos nach dem Versammlungsort gebracht wurden, geschützt. Während man bei Versammlungen der Arbeiter die Versammlungsteilnehmer angreift, wenn sie sich von der Versammlung nach Hause begeben, erhalten die Deutschnationalen noch einen besonderen polizeilichen Versammlungsschutz unter Ausbietung eines riesigen Apparates.

Massenversammlung der USP.

München, 16. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die USP. Münchens veranstaltete gestern Abend im größten Saale Münchens eine öffentliche Massenversammlung, in der sie zur gegenwärtigen Regierungskrise Stellung nahm. Landtagsabgeordneter Genosse Kietlich, der aus zweijähriger Festungshaft entlassen worden ist, wurde von der Versammlung stürmisch begrüßt.

Der Verfassungsbruch in Bayern wird aufrechterhalten.

Der Ständige Landtagsausschuß hat sich in seiner letzten Sitzung mit dem Antrag auf Festsetzung des Abgeordneten Genossen Fischer beschäftigt und mit Mehrheit beschlossen, den Antrag abzulehnen. Die Mehrheit des Ausschusses bleibt sonach starrköpfig beim Verfassungsbruch stehen. Dies ist ein neuer Beweis dafür, wie notwendig eine gründliche und schnelle Reinigung in Bayern nottut.

Stegerwald für Fahr-Bayern.

Nach Meldungen Berliner Blätter hat sich Stegerwald beim Reichskanzler dafür eingesetzt, daß die Reichsregierung nachgebe und auf Grund der bayrischen Vorschläge zu einem Einverständnis mit den bayrischen Reaktionen komme. Das Bekanntwerden seines Eintretens für die bayrischen Vorschläge ist Stegerwald nun äußerst un bequem und er sucht die Wirkung durch ein nichtssagendes amtliches Dementi abzuschwächen. Danach besteht zwischen ihm und der Reichsregierung in der Beurteilung bezg gegenwärtigen Gemisstaats und die Verständigungsbereitschaft volle Übereinstimmung.

Ein politisches Geschäft?

Eine Spekulation der Stinnes-Partei.

Berlin, 16. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Zu den Besprechungen des Reichskanzlers mit Vertretern der Industrie und der Banken über die finanzielle und wirtschaftliche Lage des Reiches schreibt die Moskauer Zeitung: Die von

den Vertretern der Industrie und der Bankwelt ausgesprochene Bereitwilligkeit zur Hergabe eigener Devisen und Inanspruchnahme ausländischer Kredite, der Reichsregierung jene Goldwerte in die Hand zu geben, die sie zur Leistung der Reparationen und zur Stützung des Marktfusses braucht, bedeutet eine scharfe Absage der Industrie und der Bankwelt an Helfertum und seine deutschnationalen Genossen. Andererseits werde man es sehr verständlich finden, wenn die Industrie- und Bankwelt, die ihre politische Ueberzeugung in der Deutschen Volkspartei habe, den Wunsch hegt, wenn sie diese Last übernimmt, auch an der verantwortlichen Führung der Reichsgeschäfte beteiligt zu sein. In den Besprechungen beim Reichskanzler sei diesem Wunsch auch Ausdruck gegeben worden in Form einer Anregung, die gegenwärtige Koalition im Reich und in Preußen nach rechts zu erweitern, d. h. durch Einbeziehung der Deutschen Volkspartei zu einer tragfähigen Mehrheit zu gestalten. Vom Reichskanzler sei diese Anregung sehr freundlich aufgenommen worden. Man dürfe voraussetzen, daß die innerpolitische Auswirkung dieser Besprechung sich in naher Zukunft sowohl im Reich als auch in Preußen bemerkbar machen werde.

Der Vorwärts meint, wenn die Industrie und Bankwelt imstande sei, mehrere Goldmillarden herbeizuschaffen, so sei es Aufgabe des Reiches, die Geschehen zu finden, die sie dazu verpflichten. Denn natürlich kann es sich nur darum handeln, daß die Herren der Industrie und Bankwelt ihre gesetzliche Pflicht als Staatsbürger erfüllen, nicht aber eine Art von freiwilliger Hilfsaktion einzuleiten.

Die Freiheit meint, es muß unter allen Umständen daran festgehalten werden, die bestehenden Kreise bis zur äußersten Grenze ihrer Leistungsfähigkeit für die Deckung der Bedürfnisse des Reiches heranzuziehen. Auf alle Fälle darf die Erfassung der Sachwerte in kein gewinnbringendes Geschäft für ihre Besitzer umgestaltet werden.

Zusammentritt des Reichstages.

Der Präsident des Reichstages hat nunmehr die nächste Sitzung auf Dienstag, den 27. September 1921, anberaunt. Auf der Tagesordnung stehen außer ein paar Duzend Anfragen eine Interpellation Herzt wegen Getreidewerterhebung, eine Interpellation Stresemann und Genossen wegen Ausschreitungen gegenüber Angehörigen nichtsozialistischer Parteien, Reichshaushaltsrechnung 1919, Nachtrag zum Reichshaushaltsplan 1921, Luftverkehrsgezet und ein Gesetz zur Eintreibung der dem Reiche vorenthaltenen staatlichen Gelder, die sich noch in Händen von Kassenerwaltern usw. des alten Heeres und der Marine befinden.

Ein Erzbergerbund.

Berlin 16. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Im westlichen Industriebezirk sind, wie das telegraphische Bureau Niedersach aus Düsseldorf meldet, neue Vereinigungen von Zentrumsanhängern unter dem Namen Erzbergerbund entstanden. Der Zweck ist die Bildung einer neuen Kampforganisation gegen rechts und die Beeinflussung der Politik des Zentrums mit dem Ziel der Durchführung einer Demokratie im Sinne Erzbergers.

Die Reichsregierung und Rußland.

Berlin 16. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Ueber die Beschwerde der Roten Fahne über die Behandlung russischer Handelschiffe in Swinemünde wird von maßgebender Stelle betont, daß die russischen Handelschiffe in deutschen Häfen dieselbe Behandlung erfahren, wie sie deutschen Handelschiffen in Petersburg zuteil wird.

Gegenüber den Meldungen kommunistischer Blätter, die die Reichsregierung erkreue sich des Wohlwollens der deutschen Regierung, wird, wie die P. P. N. hören, von zuständiger Stelle versichert, daß eine Vertretung der Reichsregierung im Auswärtigen Amt unbekannt sei.

Offiziell: Wie aber steht es nichtamtlich?

Erneute Verschärfung des englisch-irischen Konflikts.

London, 15. September. (Neuer.) Wie verlautet, erklärte de Valera in einem Briefe an Lloyd George, er sei bereit, in eine Besprechung mit ihm einzutreten, aber nur als Vertreter eines souveränen Staates. — In seiner Antwort an de Valera erklärt Lloyd George, daß er sich, da de Valera auf Anerkennung der irischen Souveränität bestche, genötigt sehe, die Vorbereitungen für die englisch-irische Konferenz für die nächste Woche in Inverness zu widerrufen. Er müsse das Kabinett über die nun notwendigen Schritte befragen.

Beschlagnahme eines Waffentransportes.

Breslau, 16. September. (N.N.) Nach einer Meldung der Breslauer Volkswacht sind sechs Pakets mit Waffen und Munition beschlagnahmt worden, ebenso ein Personenauto, in dem sich der Stab dieser Kolonne befand. Verschiedene verdächtige Personen sind verhaftet worden.

Schlag auf Schlag.

Den Deutschnationalen geht es schlecht. Immer deutlicher wird ihre Verbindung mit der Mordhege, ihre zumindest moralische Mitschuld an der Ermordung Erzbergers und an den Putschvorbereitungen der Rechtsputschisten enthüllt. Der Aufdeckung der Mörderzentrale in München, die sich im Dunkel des bayrischen Ausnahmezustandes ungeführt entfalten konnte, folgt heute die Enthüllung über das Netz der Rapp-Putschisten in Bayern durch den Brief des Staatskommissars Weismann. Abermals werden Zusammenhänge aufgedeckt, die ins Lager der Deutschnationalen führen. Die Deutschnationalen Roth und Pöhner erscheinen auf der Bildfläche, die durch den Bericht Weismanns erhellt wird, als die Schächer der Putschpolitiker.

Natürlich soll es nicht wahr sein. Herr Roth hat angeblich die Ehrhardt, Bauer, Pabst usw. niemals gesehen und Herr Pöhner dementiert zwar nicht so kategorisch, sucht aber doch durch einige orakelhafte Wendungen den Anschein zu erwecken, als ob er sich rein fühle. Was diese Dementis wert sind, lassen wir dahingestellt. Jedenfalls haben die Herren Roth und Pöhner wissen müssen, daß die bewußten Rapp-Putschführer sich in der Nähe Münchens aufhalten. Denn diese Beschuldigung wider sie ist schon mehr als ein Jahr alt und sie hätten also begründeten Anlaß gehabt, nach den Herren gründlich forschen zu lassen. Es ist klar, daß dann die stöckrisch Gesuchten längst hinter Schloß und Riegel wären. Aber Herr Roth und Herr Pöhner haben ruhig weiter zugehört, daß die bayrische Polizei die Gesuchten nicht finden konnte. Und wenn es wirklich wahr wäre, daß sie mit den Herren keine direkten Beziehungen unterhalten haben — vielleicht sind sie vorsichtig genug gewesen, sich persönlich zu saluzieren —, ihre Schuld wird dadurch nicht geringer. Daß der bayrischen Polizei das verschonte Lager der Rapp-Putschisten unbekannt geblieben wäre, bleiben konnte, das werden selbst Deutschnationalen nicht glauben. Sie hat die Burg der Verschwörung nicht sehen wollen und die unteren Beamten haben gewußt, daß ihre hohen Vorgesetzten auch nichts wissen wollen.

Schon in diesem Falle sind die Roth und Pöhner nicht bloß als Politiker heillos kompromittiert, als Beamte in Deutschland unmöglich, sondern sie sind auch schwerer strafrechtlicher Vergehen schuldig und der Staatsanwalt, der sie nicht an den Kragen nimmt, begeht ein schweres Amtsverbrechen. Wahrscheinlich aber liegt der Fall noch viel krasser. Es wird sich kaum jemand einreden lassen, daß die Rapp-Putschführer, die stets sehr auf ihre Sicherheit bedacht gewesen sind, sich in der Nähe Münchens niedergelassen hätten, wenn sie nicht begründete Ursache hatten, zu glauben, daß die bayrische Polizei sie in ihrem Schlupfwinkel nicht fänden würde. Sie werden darüber Gewißheit gehabt haben. Der Bericht des Staatskommissars behauptet, daß sich unter der Schutzhülle, die die Burg der Putschführer bewacht und die jeden sich Nähernden mit Feuer empfangen würde, auch aktive bayrische Polizeimannschaften befinden. Darüber schweigen die Dementis der Herren Roth und Pöhner. Dieses Schweigen ist sicherlich sehr bezeichnend.

Und wenn diese Behauptung dementiert würde, so wäre es natürlich auch noch so. Denn gegen alle noch so kategorischen Erklärungen der Roth und Pöhner wird die Öffentlichkeit ein starkes Misstrauen haben müssen. Die Herrschaften in München müßten sich selber sagen, daß es nur ein Dementi gibt, das durchschlagend sein würde, oder das wenigstens zeigen würde, daß die bayrische Regierung fortan die Putschisten nicht mehr schützen will. Dieses einzige beweiskräftige Dementi wäre die sofortige Verschweigerung der Rapp-Putschführer, wäre die Aushebung des Verschwörernestes. Es ist ja wahrscheinlich, daß inzwischen die rechtzeitig gewarnten Herren wieder einmal auf einige Zeit über die österreichische Grenze gewechselt sind, wo sie solange zu bleiben geben, bis die Luft wieder rein ist oder der Augenblick des Putsches gekommen erscheint. Es ist also der bayrischen Polizei wahrscheinlich gar nicht möglich, die Herren zur Zeit noch zu fassen. Sie wird es sich selbst unmöglich gemacht haben. Aber immerhin könnte sie, wenn sie so etwas wie ihren ehrlichen Willen beweisen wollte, das Netz noch nach belastendem Material durchsuchen. Auch das ist bisher nicht geschehen. Es ist gar nichts gegen die stöckrisch Gesuchten geschehen, und die bayrische Regierung, die Roth und Pöhner zeigen, also faktisch der Welt, daß sie gar nicht daran denken, ihre Pflicht gegen die Verbrecher wider Deutschlands Sicherheit, wider die Republik zu tun. Diese herausfordernde Untätigkeit der Münchener Polizei nach den Enthüllungen des Staatskommissars spricht lauter als alles andre von dem bösen Willen der bayrischen Regierung, spricht lauter als alle Dementis der Roth und Pöhner.

Diese Untätigkeit zeigt, daß die Leute, die immer noch die Gewalt in Bayern in der Hand haben, da sie nach ihrem jammernen Rücktritt die Regierungsgeschäfte weiterführen, den Konflikt mit dem Reich auf die Spitze treiben wollen, daß sie auf den gewalttätigen Umsturz der Republik lauern. Die Putschvorbereitungen gehen weiter, wie unser Münchener Korrespondent mit-